

Schleswig-Holstein rechnet mit Zunahme bei Asylbewerbern

Kiel (epd). Das Land Schleswig-Holstein rechnet in diesem Jahr mit noch mehr Asylbewerbern als im vergangenen Jahr. 2014 gab es insgesamt 7.620 Asylbeantragsteller, teilte Innenministeriums-Sprecher Thomas Giebeler am 6. Februar auf epd-Anfrage mit. Schätzungen für 2015 gehen von einer Zahl „mindestens in dieser Höhe“ aus. Im Jahr 2013 stellten rund 4.000 Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl.

Das Land unterstützt die Kommunen im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms mit 20 Millionen Euro. Zusätzlich gebe es 1,5 Millionen Euro Soforthilfe für die Herrichtung von Unterkünften, sagte Giebeler. Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz teilen sich das Land und die Kommunen im Verhältnis 70 zu 30.

„Contra“ kritisiert Anmeldepflicht im neuen Prostitutionsgesetz

Kiel (epd). Die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein „Contra“ hat die in dieser Woche vorgelegten Eckpunkte eines Prostitutionsgesetzes kritisiert. „Dass die Koalition unbedingt an der Anmeldepflicht festhalten will, kann ich absolut nicht begrüßen“, sagte Fachberaterin Claudia Rabe am 6. Februar dem epd. Insbesondere die Koppelung der Anmeldepflicht mit einer Gesundheitsberatungspflicht sieht „Contra“ kritisch.

„Abgesehen von datenschutzrechtlichen Bedenken ist das der falsche Ansatz“, betonte Rabe. So würden Prostituierte zum Objekt staatlicher Kontrolle gemacht. Mit Zwang würde ein Klima von Skepsis und Misstrauen bei den betroffenen Frauen geschaffen. Rabe: „Das wieder spielt ausgerechnet kriminellen Profiteuren in die Hände.“ Der Gesetzgeber hätte mit dem Gesetz eher das Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten stärken müssen.

Die beiden Koalitionsfraktionen Union und SPD hatten sich in dieser Woche auf Eckpunkte eines Prostitutionsgesetzes verständigt. Beide Seiten erklärten in Berlin, die geplanten Regelungen dienten einem besseren Schutz der Frauen. So habe man sich darauf verständigt, dass 18- bis 21-jährige Frauen sich zu ihrem eigenen Schutz jedes Jahr erneut melden und zweimal im Jahr eine ärztliche Beratung wahrnehmen müssten. Über 21-Jährige sollen sich alle zwei Jahre melden und einmal im Jahr ärztlich beraten lassen.

„Contra“ ist eine Fachberatungsstelle für Betroffene von Frauenhandel. Rund 900 Frauen wurden seit 1999 unterstützt. Die Beratung erfolgt muttersprachlich, kostenlos und mobil in ganz Schleswig-Holstein. Trägerin ist das Frauenwerk

der evangelischen Nordkirche. Es vertritt kirchlich engagierte Frauen aus den 1.045 Kirchengemeinden in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Hamburgische Bürgerschaft: Die meisten Wahlberechtigten sind Frauen

Hamburg (epd). Frauen könnten die Hamburger Bürgerschaftswahl entscheiden: Mit einem Anteil von 53 Prozent stellen Frauen die Mehrheit der Wahlberechtigten, wie das Statistikamt Nord am 6. Februar mitteilte. Dabei beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung (Stand Ende 2013) nur 51,5 Prozent. Bei den Älteren über 70 Jahren liegt der Frauenanteil in der Wählerschaft sogar bei 60 Prozent. Wenn man berücksichtigt, dass der Anteil der Senioren ab 70 in Hamburg bei 19 Prozent beträgt, dann gehört jede neunte Wählerstimme einer Frau über 70.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2011 um 3,1 Prozent auf 1.301.000 gestiegen. Zwei Drittel des Zuwachses ist damit begründet, dass diesmal auch 16- und 17-Jährige wählen dürfen. Außerdem dürfen 43.000 Männer und Frauen erstmals wählen, die innerhalb der letzten vier Jahre 18 geworden sind.

Gedenken an erste Juden-Deportation vor 75 Jahren

Szczecin/Greifswald (epd). An die erste Deportation von Juden aus Deutschland in der NS-Zeit vor 75 Jahren soll in der kommenden Woche im polnischen Szczecin und im vorpommerschen Greifswald erinnert werden. Am 13. Februar um 11 Uhr gibt es in Szczecin ein Gedenken an der Stelle der 1938 zerstörten jüdischen Synagoge, teilte der Verein „Deutsch-Polnisches Kulturforum Odermündung“ als Mitveranstalter dem epd am 6. Februar auf Anfrage mit. Daran nehmen auch die Schweriner Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) und der Schweriner Energieminister Christian Pegel (SPD) teil. Nachmittags ist eine historische Konferenz in der Pommerschen Bibliothek in Szczecin geplant. Es sei das erste Mal, dass Polen und Deutsche auf heutigem polnischen Boden gemeinsam an diese Deportation erinnerten, hieß es.

Bereits am 12. Februar ist in Greifswald ein Gedenkweg vorgesehen. Er soll um 17 Uhr in der Mühlenstraße an der Gedenktafel des ehemaligen jüdischen Gebetshauses beginnen und an den Stolpersteinen der vier namentlich bekannten Greifswalder Juden entlang führen, die zu den ersten Deportierten gehörten, berichtet die „Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung“ (Ausgabe vom 8. Februar). An jedem Stein soll eine Kerze entzündet und eine